

Flughafen ohne Plan B

Fraport: „Auch 2021 wird noch mal hart“, FR-Wirtschaft vom 17. März

Auf der Bilanzpressekonferenz hat Fraportchef Schulte Optimismus verbreitet, dass es mit dem Luftverkehr in Frankfurt im Lauf des Sommers wieder aufwärts gehen könne. Als Flughafenanwohner nimmt man diese „frohe Botschaft“ mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis, hat doch die Lebensqualität in der Rhein-Main-Region in den vergangenen Monaten einen Höhenflug erlebt. Weniger Krach und Lärm, ungestörte Nachtruhe, bessere Luftqualität und deutliche Reduzierung des am Flughafen emittierten Ultrafeinstaubes. Corona erinnert daran, dass die durch den Luftverkehr verursachten Gesundheits-, Klima- und Umweltschäden von den Betreibern nicht eingepreist werden. Es ist leicht, am Flughafen Gewinne und Arbeitsplätze zu generieren, wenn man auf Kosten Anderer fliegen kann. Zur langfristigen Sicherung unseres Wohlstands benötigen wir jedoch zukunftsfähige, umweltfreundliche Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung und geringem Flächenverbrauch. Für all dies steht der Flughafen leider nicht. In der Bilanzpressekonferenz ist offensichtlich geworden, dass der Fraportvorstand keinen Plan B in der Tasche hat, falls sich seine Hoffnungen auf einen Neustart des Luftverkehrs nicht erfüllen.

Hans Schinke, Offenbach

Politikwechsel ist überfällig

Dienst am Menschen: „Den Staat stärken“, FR-Meinung vom 23. März

Ich bin Thomas Kaspar dankbar dafür, dass er daran erinnert, dass Regierung und Parlamentarier ihre Daseinsberechtigung haben, um dafür zu sorgen, dass die Grundbedürfnisse der Menschen (Unversehrtheit und Gesundheit, Nahrung, Bildung, Kultur, Energie, Infrastruktur) befriedigt werden und ein friedliches, gerechtes Miteinander gelingt.

Unsere Gesellschaft ist schlaff und mutlos geworden, was zweifellos auch Ergebnis der einschläfernden Politik von Frau Merkel ist. Ein Politik- und Regierungswechsel ist überfällig. In der Pandemie werden uns die Mängel besonders herb bewusst. Anstatt ein breites Bündel an Maßnahmen zu schnüren, um unser Grundbedürfnis nach Gesundheit, Bildung und Kultur zu befriedigen, werden Bildung und Kultur als sekundär „nach Hause geschickt“ und die Gesundheit insoweit aufs Spiel gesetzt, als man weder für ausreichend Masken gesorgt hatte noch genügend Tests und Impfstoff besorgte. Dass diese Versäumnisse viele Menschenleben kosten und die Bevölkerung über viele Monate unnötig zu Hause festsitzt, wird in Kauf genommen, da ja Ruhe die erste Bürgerpflicht ist.

Es interessiert niemanden, wie viele Menschen sich gleichzeitig bei Aldi, Lidl und Co. tummeln, während aber Möbelhäuser, Museen und Theater ge-

schlossen bleiben. Die Politiker bedienen überwiegend Partikularinteressen, zum Teil auch ihre eigenen durch persönliche Bereicherung. Frau Merkel, die Minister Spahn und Altmaier und Frau von der Leyen sind verantwortlich für die schlechte Organisation der Impf- und Testkampagne und sollten dafür von den Medien stärker in die Pflicht genommen werden. Wie kann ein solch desaströses Versagen ohne persönliche Konsequenzen bleiben?

Tausende von Krankenhausbetten wurden eingespart, Pflegeeinrichtungen und Infrastruktureinrichtungen wie Post, Telekommunikation und Bahn privatisiert mit dem Ergebnis, dass sie immer schlechter funktionieren. Ich wünsche mir, dass diese Zusammenhänge gerade vor der Bundestagswahl klar aufgezeigt werden. Ich bin sicher, dass die meisten Menschen mehr soziale Gerechtigkeit wollen. Dass CDU/CSU dieses Ziel nach 16 Jahren Merkel weitgehend aus den Augen verloren hat, ist offensichtlich. Statt den Bundestag weiter aufzublähen und Unsummen für externe Berater auszugeben, obwohl in den Ministerien hochdotierte Spezialisten sitzen, sollte endlich wieder die Bevölkerung in den Mittelpunkt rücken. Ein Politikwechsel ist möglich.

Hanna Eisenberg, Gelnhausen

Diskussion: frblog.de/dienende-politik



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210322.

Noch ganz bei Trost?

Zu: „Weiter im Lockdown“, FR-Politik vom 23. März

Im eigenen Land soll über Ostern kein Urlaub möglich sein. Aber auf die Balearen kann geflogen werden, damit die brasilianische Corona-Variante auch in Deutschland vorstellig werden kann. Um den Herrenwald und den Dannenröder Forst zu zerstückeln, konnte nicht genug Polizei aufgeboden werden. Aber in Kassel konnten mehrere Tausend Corona-Leugner unbehelligt durch die Stadt marodieren.

Sind unsere verantwortlichen Politiker eigentlich noch ganz bei Trost?

Wulfhard Bäumlein, Bad Vilbel

Diskussion: frblog.de/foederalismus

SORRY

In unserem Artikel „Vom Lenken und Lenkenlassen“ (24.3., S.16/17) wurden Passagen aus einem Text des Historikers René Schlott wiedergegeben, ohne diese als Zitate auszuweisen. Aus seinem Gastbeitrag, der am 17. März in der Süddeutschen Zeitung erschienen war, stammt beispielsweise die Frage: „Wer sollte der Diktator sein?“ Quellen und Bezüge müssen natürlich kenntlich gemacht werden. Wir möchten um Entschuldigung bitten.

HP_0LES02FRDA - B_180334

